

Kein Aufschub mehr

Fachverbände mahnen baldiges Handeln der Koalition bei der Diabetes-Strategie an

BERLIN. Union und SPD haben im Koalitionsvertrag eine Nationale Diabetes-Strategie vereinbart. Die Parteien arbeiten noch immer an der Formulierung. Diabetesverbände drängen auf schnelles Handeln angesichts stetig steigender Patientenzahlen.

Die Präsidentin der DDG, Professor Dr. MONIKA KELLERER, zeigt sich enttäuscht, dass es die Parteien bisher nicht geschafft haben, eine Nationale Diabetes-Strategie zu initiieren, um dem Fortschreiten der Volkskrankheit entgegenzuwirken. Seit Unterzeichnung des Koalitionsvertrags seien fast zwei Jahre vergangen, in denen etwa eine Million Diabetes-Neuerkrankungen diagnostiziert wurden, sagt sie.

Weniger Klinikbetten und nur noch acht Lehrstühle

Experten rechnen damit, dass die Zahl der Diabetespatienten hierzulande in den kommenden Jahren von derzeit rund sieben auf bis zu zwölf Millionen steigt. Die Etablierung einer Nationalen Diabetes-Strategie dulde deshalb keinen weiteren Aufschub, mahnt Prof. Kellerer. Dabei komme es nicht nur auf Maßnahmen zur Prävention an, sondern auch auf die gesicherte Versorgung Erkrankter.

Der Bedarf an fachspezifischer Versorgung werde wachsen, es gebe jedoch eine deutlich gegenläufige Tendenz. Prof. Kellerer verweist auf die letzten zwei Jahrzehnte: „Während sich die Zahl der Krankenhausbetten im Schwerpunkt Endokrinolo-

gie/Diabetologie fast halbierten, ist beispielsweise bei den Schwerpunkten Gastroenterologie, Kardiologie und Hämatologie/Onkologie eine Zunahme um das circa Zwei- bis Dreifache zu verzeichnen.“

Besorgt zeigt sie sich auch darüber, dass es nur acht klinische Lehrstühle für Diabetologie an den 36 staatlichen Medizinischen Fakultäten gibt. „Für eine adäquate Patientenversorgung ist das katastrophal.“ Würden Studenten in der Ausbildung dem Fach Endokrinologie/Diabetologie nicht mehr begegnen, könnten sie auch keine klinische und wissenschaftliche Kompetenz hierfür entwickeln.

Betroffene fühlen sich von der Politik nicht gut vertreten

„Es wird höchste Zeit für die Umsetzung!“, mahnt Dr. JENS KRÖGER, Vorstandsvorsitzender von diabetesDE – Deutsche Diabetes-Hilfe, bezüglich der Diabetes-Strategie. Er verwies auf eine Umfrage von diabetesDE unter 1500 Menschen mit Typ-2-Diabetes. Diese ergab, dass sich 86 % der Befragten nicht angemessen in der Politik vertreten und 89 % die Öffentlichkeit nicht gut zu Diabetes informiert sehen.

DDG, diabetesDE und der Verband der Diabetes-Beratungs- und Schulungsberufe in Deutschland (VDBD) hatten im Frühjahr Eckpunkte für einen Rahmenplan zur einheitlichen Versorgung und zum



Foto: © DDG/Bild: Bindeballe

Das Podium auf der Pressekonferenz in Berlin.

einheitlichen Monitoring formuliert. Diese sollen den Ländern als Orientierung für Maßnahmen dienen. Die Forderungen betreffen die

- Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Versorgung
- Stärkung und Förderung der Forschung im Bereich Diabetologie
- Früherkennung des Diabetes mellitus
- Prävention des Diabetes mellitus und der Adipositas

Wie Dr. Kröger berichtete, sind im Rahmen einer gemeinsamen Länderkampagne regionale Koordinierungsgruppen (je ein Arzt, eine Diabetesberaterin, ein Patient) auf die zuständigen Ministerien zugegangen, um den Forderungskatalog vorzustellen. Erste Gespräche wurden in Thüringen, Schleswig-Holstein und Hamburg geführt, weitere Termine sind angesetzt. Drei Länder warten die Signale auf Bundesebene ab. Vorgaben des Bundes hält auch

»Dreier-Teams in den Ministerien«

dass die Koalition bei der Nationalen Diabetes-Strategie in Kürze „zu guten Ergebnissen“ kommen wird, welche die Bundesregierung dann umsetzen müsse. In der SPD herrsche ressortübergreifend Einigkeit. Inhaltliche Details nannte die Politikerin nicht, allerdings gab sie preis, dass das Papier keine Aussage zur Zuckersteuer enthalten wird.

Dittmar betonte, dass sie sich als Ärztin mehr Mut bei Nährwertkennzeichnung, Werbebeschränkungen (auch bei Tabak) und der Reduktion von Zucker in gesüßten Getränken wünscht. Dringenden Handlungsbedarf sieht sie bei der Versorgung von stark übergewichtigen und adipösen Menschen. Die Risiken für chronische Erkrankungen wie Diabetes Typ 2, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Bluthochdruck seien besonders hoch. Es müssten dringend die Voraussetzungen für eine leitliniengerechte Behandlung in der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen werden.

Dr. GOTTLOBE FABISCH, Geschäftsführerin des VDBD, erinnert daran, dass im Koalitionsvertrag die Aufwertung der Gesundheitsfachberufe vereinbart ist. Der VDBD fordert die Überführung der Weiterbildung zur Diabetesberaterin DDG in einen dreijährigen dualen Ausbildungsberuf. Der „Integrated Care-Therapeut“ soll als attraktives Berufsbild geschaffen werden. *Cornelia Kolbeck*

Pressekonferenz von DDG, diabetesDE und VDBD

»Ziel: Integrated Care-Therapeut«